



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

zum zweiten Mal hat der Deutsche Bundestag auf Grund der Corona-Pandemie in komprimierter Weise und unter strengen Infektionsschutzvorgaben getagt. Erfreulicherweise war es uns möglich, nicht nur Corona-relevante Beschlüsse zu fassen, sondern auch viele andere Themen, die für unser Land wichtig sind, zu bearbeiten. So berieten wir unter anderem das Geologiedatengesetz und das Wasserhaushaltsgesetz (mehr dazu auf S. 5 dieses "Schulterblicks").

Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung und insbesondere der Schutz von Risikogruppen genießt jedoch nach wie vor oberste Priorität. Gleichzeitig sehen wir auch die negativen Auswirkungen der Kontaktsperrre auf Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien, Schulen und Vereine. Es ist zu begrüßen, dass erste Bundesländer mit vorsichtigen Lockerungen des öffentlichen Lebens beginnen. Wir brauchen für das Wiederhochfahren unserer Gesellschaft die gleiche Geduld und Disziplin wie für das erfolgreiche Senken der Infektionsgeschwindigkeit in den vergangenen Wochen. Wenn uns das gelingt, dann glückt uns auch dieser wirtschaftliche und soziale Neustart. Schon jetzt muss uns aber klar sein, was unser Gesundheitsminister Jens Spahn im Plenum trefflich formuliert hat. Sinngemäß sagt er: "Wir werden miteinander in ein paar Monaten wahrscheinlich viel verzeihen müssen. Alle haben viel dazugelernt, aber man werde wohl auch noch zu der Feststellung kommen, dass wir an der einen oder anderen Stelle falschgelegt haben."

Deswegen mein Apell an Sie: Bleiben Sie am Ball und halten Sie — wo geboten — physischen Abstand. Emotional sind wir mehr denn je aufeinander angewiesen, da ist Nähe gefragt. Diese Krise können wir nur gemeinsam bewältigen.

Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Deutschland steht zu seiner europäischen Verantwortung

Für den sozialen und wirtschaftlichen Neustart in Europa brauchen wir pragmatische, rechtssichere und schnell wirkende Lösungen. Deutschland ist sich seiner Verantwortung für Europa bewusst, auch in der Krise. Wir haben wiederholt ausländische Intensiv-Patienten aufgenommen und liefern medizinische Hilfsgüter und Beatmungsgeräte an unsere europäischen Partner. Auch in „normalen Zeiten“ sind wir solidarisch. Wir schultern ein Viertel des gesamten EU-Budgets und sind u. a. größter Garantie- und Kapitalgeber für die europäischen Rettungsschirme, ohne selbst Mittel aus diesen Fonds zu beanspruchen. Diese gelebte Solidarität wird von einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen.

Wir sind gegenüber weiteren notwendigen Schritten zur Krisenbewältigung aufgeschlossen. So konnten im europäischen Haushalt kurzfristig Hilfen in Milliardenhöhe mobilisiert werden. Es gibt Vorschläge, die Europäische Investitionsbank mit einem neuen Garantiefonds für kleine und mittlere Unternehmen auszustatten. Zusätzlich könnte ein neues europäisches Kurzarbeitergeldprogramm Arbeitsplätze in ganz Europa schützen. Schließlich stünde auch der Europäische Stabilitätsmechanismus mit vorsorglichen Kreditlinien zur Finanzierung zielgenauer nationaler Maßnahmen in besonders betroffenen Mitgliedstaaten bereit. Alle Vorschläge stehen für starke europäische Handlungsfähigkeit. Deutschland ist bereit, die notwendigen Grundlagen für eine schnelle wirtschaftliche Erholung Europas zu legen – aber immer im Rahmen der geltenden europäischen Verträge.

Wir machen das Elterngeld krisenfest

Das in erster Lesung beratene Gesetz soll zeitlich befristet helfen, die Situation von Eltern aufzufangen, welche die Voraussetzungen für den Elterngeldbezug auf Grund der Corona-Pandemie nicht mehr einhalten können. So sollen Eltern, die in systemrelevanten Branchen und Berufen arbeiten, ihre Elterngeldmonate aufschieben können. Eltern, die die Elterngeldvariante „Partnerschaftsbonus“ nutzen, sollen ihren Anspruch nicht verlieren, wenn sie mehr oder weniger arbeiten als geplant. Schließlich sollen Zeiten mit verringertem Einkommen z. B. auf Grund des Bezugs von Kurzarbeitergeld das Elterngeld bei künftigen Elterngeldbeziehern nicht reduzieren.

Mit diesem Gesetz machen wir das Elterngeld krisenfest und sorgen dafür, dass werdende oder frisch gebackene Eltern keine Corona-bedingten Nachteile hinnehmen müssen. Das freut mich ungemein! Gemeinsam mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen werden wir dafür sorgen, dass das Gesetz Anfang Mai beschlossen wird und damit rückwirkend zum 1. März 2020 in Kraft treten kann.



Bericht aus Berlin

Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung

Das Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung eröffnet insbesondere die Möglichkeit, Betriebe und Beschäftigte im Strukturwandel hin zu einer emissionsarmen und digitalen Wirtschaft besser zu unterstützen. Das gilt speziell für die Automobilindustrie, aber auch für andere Bereiche des verarbeitenden Gewerbes, für den Handel und bei den finanziellen Dienstleistungen. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Weiterbildung und Qualifizierung werden deshalb fortentwickelt und noch zielgenauer ausgerichtet, um die Menschen rechtzeitig auf die sich wandelnde Arbeitswelt vorzubereiten. Daneben enthält das Gesetz unter anderem Regelungen, welche die Ausbildungsförderung weiterentwickeln. Weiter sind mit dem Gesetz zur Minderung der Folgen der Corona-Pandemie erforderliche Regelungen verbunden: So werden insbesondere die Hinzuverdienstgrenze während des Bezugs von Kurzarbeitergeld angehoben und erleichternde Bestimmungen im Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen, damit Betriebsräte auch per Video- oder Telefonkonferenz tagen können.



Gutschein-Lösung im Veranstaltungsvertragsrecht

Aufgrund der Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus und der damit verbundenen Veranstaltungsverbote wurde ein Großteil der geplanten Musik-, Kultur-, Sport- und sonstigen Freizeitveranstaltungen abgesagt. Freizeiteinrichtungen bleiben geschlossen. In diesem Zusammenhang diskutierten wir ein Gesetz zur Abmilderung der Folgen in erster Lesung. Um Liquiditätsengpässen vorzubeugen, erhalten die Veranstalter das Recht, den Inhabern der Eintrittskarten statt der Erstattung des Eintrittspreises einen Gutschein zu übergeben. Der Gutschein kann dann entweder für eine Nachholveranstaltung oder eine alternative Veranstaltung eingelöst werden. Gleiches gilt bei der Schließung von Freizeiteinrichtungen aufgrund der COVID-19-Pandemie. Der Inhaber des Gutscheins kann jedoch die Auszahlung des Gutscheinwertes verlangen, wenn ihm die Annahme des Gutscheins aufgrund seiner persönlichen Lebensverhältnisse unzumutbar ist oder wenn der Gutschein nicht bis zum 31. Dezember 2021 eingelöst wird.



Bericht aus Berlin

Beschlüsse des Koalitionsausschusses zur weiteren Abfederung sozialer und wirtschaftlicher Härten (Corona-bedingt)

1. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit werden ab 1. Mai bis 31. Dezember 2020 die bereits bestehenden Hinzuverdienstmöglichkeiten mit einer Hinzuverdienstgrenze bis zur vollen Höhe des bisherigen Monatseinkommens für alle Berufe geöffnet.
2. Das Kurzarbeitergeld wird für diejenigen, die Corona-Kurzarbeitergeld für ihre um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit beziehen, ab dem 4. Monat des Bezugs auf 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem 7. Monat des Bezuges auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern) des pauschalierten Netto-Entgelts erhöht, längstens bis 31. Dezember 2020.
3. Aufgrund der außergewöhnlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt haben diejenigen, die bereits vor der Krise arbeitssuchend waren und Arbeitslosengeld nach dem SGB III (sog. Arbeitslosengeld I) bezogen, derzeit geringere Aussichten auf eine neue Beschäftigung. Hinzu kommt, dass die Vermittlungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Agenturen für Arbeit aufgrund des Gesundheitsschutzes eingeschränkt sind. Daher wird das Arbeitslosengeld I für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde.
4. Gastronomiebetriebe sind von der COVID19-Krise besonders betroffen. Die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie wird ab dem 1. Juli befristet bis zum 30. Juni 2021 auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent gesenkt. *(Anm.: Ich weiß um die harten Einschnitte für die Gastronomie, da werden wir weitere Hilfen und Erleichterungen auf den Weg bringen müssen.)*
5. Als Corona-Sofortmaßnahme werden wir für kleine und mittelständische Unternehmen die pauschalierte Herabsetzung bereits für 2019 geleisteter Vorauszahlungen in Hinblick auf Verluste im Jahr 2020 ermöglichen (Verlustverrechnung).
6. Der Bund ist bereit, Schulen und Schüler beim digitalen Unterricht zu Hause mit 500 Mio. Euro zu unterstützen. Deshalb werden wir mit einem Sofortausstattungsprogramm die Schulen in die Lage versetzen, bedürftigen Schülern einen Zuschuss von 150 Euro für die Anschaffung entsprechender Geräte zu gewähren. Darüber hinaus soll die Ausstattung der Schulen gefördert werden, die für die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote erforderlich ist. *(Anm.: Wir brauchen weitere Lösungen, um Eltern, insbesondere von Kitakindern, unter die Arme zu greifen!)*
7. Durch die Corona-Krise hat sich die wirtschaftliche Situation für die Beschäftigten und Unternehmen in unserem Land deutlich geändert. Deshalb wird die Koalition besonders darauf achten, Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen durch Gesetze und andere Regelungen möglichst zu vermeiden.



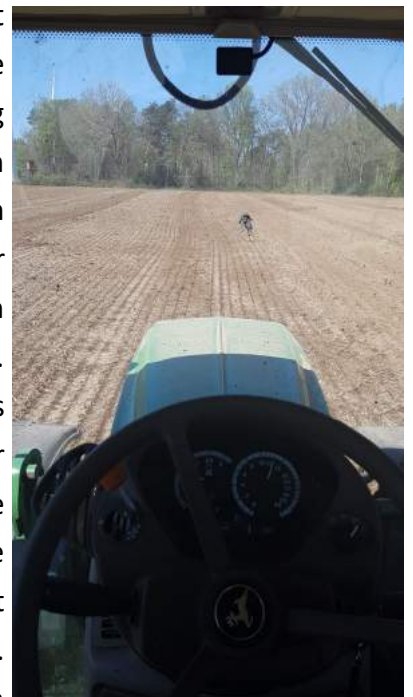
Bericht aus Berlin

Transparenz bei Auswahlentscheidung bei Standortauswahl für Endlager geschaffen

Mit dem Geologiedatengesetz, das wir am Donnerstag in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, wird das veraltete Lagerstättengesetz abgelöst. Das Gesetz schafft die Voraussetzung für die geologische Landesaufnahme sowie für die Sicherung geologischer Daten und vereinheitlicht bundesweit die Pflichten zur Übermittlung geologischer Daten. Darüber hinaus sind Regelungen zur öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten enthalten. Geologische Daten werden für zahlreiche Aufgaben des Bundes und der Länder benötigt, z. B. für die Endlagersuche sowie die nachhaltige Rohstoffversorgung. Das Gesetz schafft deshalb auch die Rechtsgrundlage für die Veröffentlichung geologischer Daten im Rahmen der Standortauswahl für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall, um die Auswahlentscheidung transparent und nachvollziehbar zu machen.

Höhere Auflagen für Landwirtschaft beim Wasserschutz müssen kompensiert werden

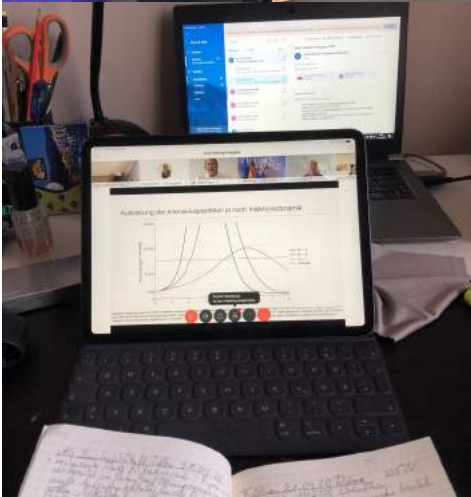
Wir berieten in erster Lesung die am 11. März 2020 durch das Kabinett beschlossene Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes. Die Novelle beinhaltet Regelungen zu Gewässerrandstreifen mit einer Hangneigung von 5 Prozent. Auf diesen Flächen ist eine Begrünung im Bereich von 5 Metern gefordert. Damit soll ein Abschwemmen von Nährstoffen vermindert werden. Die Vorgabe ergänzt die Regelungen der Düngeverordnung, die beinhalten, dass auf einen Gewässerrandstreifen von 30 Metern nur eine stark eingeschränkte Düngung erfolgen darf. Die Änderung im Wasserhaushaltsgesetz ist Teil des Düngekompromisses mit der EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Der Bundesrat hat als einzige Änderung eine Klarstellung zur Berechnung der Hangneigung gefordert. Dem folgt die Bundesregierung mit ihrer Gegenäußerung. Die Regelung hat Einkommensverluste für die Landwirtschaft zur Folge. Im parlamentarischen Verfahren werden wir uns gegenüber unserem Koalitionspartner dafür einsetzen, dass die Auswirkungen auf die Landwirtschaft kompensiert werden.





Bericht aus Berlin

Impressionen von dieser „einsamen“ Sitzungswoche





Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Entwurf eines Gesetzes zur Unterstützung von Wissenschaft und Studierenden aufgrund der COVID-19-Pandemie (Wissenschafts- und Studierendenunterstützungsgesetz). Mit diesem Gesetzespaket, das wir in erster Lesung berieten, sollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz flexibilisiert und weitere Verbesserungen beim BAföG eingeführt werden. Zum einen sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehr Planungssicherheit bekommen: Die Dauer ihrer Qualifizierung, z. B. der Promotion oder Habilitation, kann dann pandemiebedingt um ein halbes Jahr verlängert werden. Für den Fall, dass die Corona-Pandemie noch längere Zeit andauern sollte, soll das Bundesministerium für Bildung und Forschung ermächtigt werden, mit einer Rechtsverordnung diese sog. Höchstbefristungsgrenze längstens um weitere sechs Monate zu verlängern. Zum anderen sollen BAföG-Leistungen während der Corona-Krise abweichend von der bisherigen Regelung ungekürzt weiter ausbezahlt werden, wenn BAföG-Empfänger in dieser Zeit in systemrelevanten Bereichen arbeiten. Dafür soll das zusätzlich erzielte Einkommen komplett von der Anrechnung freigestellt werden. Beide Änderungen sollen rückwirkend ab dem 1. März 2020 wirksam werden.

Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung bei den Heizkosten im Wohngeld im Kontext der CO2-Bepreisung (Wohngeld-CO2-Bepreisungsentlastungsgesetz). Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen haben, wird eine nach der Haushaltsgröße gestaffelte CO2-Komponente im Wohngeld eingeführt. Damit wird eine Maßnahme des Klimaschutzprogramms 2030 umgesetzt. Mit dem Einstieg in die CO2-Bepreisung ab 2021 für den Sektor Wärme soll das Wohngeldvolumen um 10 Prozent erhöht werden, um Wohngeldempfänger gezielt bei den Heizkosten zu entlasten. Damit treffen wir Vorsorge, um das Entstehen sozialer Härten im Zusammenhang mit der CO2-Bepreisung zu vermeiden.

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die EU geführten militärischen Krisenbewältigungsoperation im Mittelmeer EUNAVFOR MED IRINI. Die seit dem 1. April laufende EU-Mission "EUNAVFOR MED IRINI" ersetzt die EU-Mission "Operation Sophia", die zum 31. März 2020 ausgelaufen war. Damit übernimmt die EU die Verantwortung zur Durchsetzung und Überwachung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen, die sie bei der Berliner Libyen-Konferenz im Januar zugesagt hat. Neben der Überwachung des Waffenembargos soll die Mission dem Ölschmuggel aus Libyen entgegenwirken, Schleusernetzwerke aufdecken, beobachten und weiterhin die libysche Küstenwache ausbilden.

Einen Überblick über die rund 16 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus Berlin

Saisonarbeitskräfte aus dem Ausland dürfen den Landwirten helfen

Auch während und nach der Corona-Krise ist die Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln in ausreichender Menge zu versorgen. Dazu ist es erforderlich, Aussaat, Pflanzarbeiten, Pflege sowie Ernte zum jeweilig notwendigen Zeitpunkt sicherzustellen. Gerade im Sonderkulturbereich ist die Landwirtschaft auf zahlreiche helfende Hände angewiesen. Diese können nicht alleine durch inländische Arbeitskräfte gestellt werden.

Trotz des großen Engagements der Gesellschaft über eigens geschaffene Portale oder der jüngst beschlossenen arbeitsrechtlichen Flexibilisierungen.

Die Landwirtschaft ist auf zahlreiche Saisonarbeitskräfte gerade aus dem Ausland angewiesen. Rund 20 000 waren bis zum Einreisestopp nach Deutschland gereist, weitere 80 000 werden bis Ende Mai noch benötigt, um einen reibungslosen Ablauf bei den Landwirten zu gewährleisten.



Ich gärtnere aus Spaß, weiß aber vom eigenen Familienbetrieb, wie anspruchsvoll und kräftezehrend die Arbeit in der Landwirtschaft sein kann.

Das Verhängen des Einreisestopps erfolgte zum Infektionsschutz der Bevölkerung. Nun gilt es, Gesundheitsschutz und Sicherung der Ernte miteinander zu vereinbaren. Die strengen Regeln für die Bevölkerung gelten selbstverständlich auch für die Landwirtschaft.

Da zusätzliche Saisonarbeitskräfte benötigt werden, wird die begrenzte Einreise von Saisonarbeitskräften unter strengen Voraussetzungen ermöglicht. Maßnahmen wie z. B. Vorankündigungen, Einreisekontrollen mit Gesundheitschecks, Ausreisekontrollen und die Sicherstellung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes im Betrieb und der Unterkunft bilden hier die Grundlage, damit ein Infektionsrisiko für alle möglichst auszuschließen ist. Ich kann diese Entscheidung des Bundes nur begrüßen. Sie sorgt dafür, dass unsere Landwirte ihrer Arbeit nachgehen können und dass die Versorgung der Bevölkerung mit frischem Obst und Gemüse gewährleistet ist. Die strikten hygienischen und arbeitsrechtlichen Auflagen sichern die Gesundheit von Saisonarbeitskräften, Bürgerinnen und Bürgern und minimieren das Infektionsrisiko.

Unterstützung für Klinikum Peine

Beherrschendes Thema dieser Tage in meinem Wahlkreis Peine ist die Frage, ob und wie das gleichnamige Klinikum trotz Insolvenzantrag erhalten bleiben kann. Denn das Klinikum Peine wird nicht nur in dieser schwierigen Zeit der Corona-Pandemie dringend gebraucht, sondern ist auch in gewöhnlichen Zeiten als einziges Krankenhaus im Landkreis Peine essenziell für die gesundheitliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Das Klinikum ist darüber hinaus ein Ort mit hoch qualifizierten Arbeitsplätzen für hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aufgrund der derzeitigen Gesamtsituation sowie der damit verbundenen beruflichen Unsicherheit ist für sie die Lage besonders schwierig. Ich weiß ihren Einsatz daher ganz besonders zu schätzen!



Gemeinsam mit der Frauenunion zeige ich Flagge: Das Peiner Klinikum muss bleiben!

Die fachliche Qualität des Peiner Klinikums zeigt sich zum einen als Ausbildungs- und Lehrkrankenhaus der MHH-Hannover. Weiterhin möchte ich auf die Pflegeschule am Klinikum hinweisen. Jeder Pflegeschüler muss auf Grund der generalistischen Ausbildung auch in einem Krankenhaus die praktische Ausbildung durchlaufen. Deshalb brauchen wir das Peiner Klinikum auch für die Sicherung der Pflege insgesamt, sowohl im ambulanten Sektor, wie auch in der stationären Langzeitpflege. Ebenso wichtig ist die Gesundheitsinstitution für die regionale Wirtschaft. Mit dem Klinikum werden jährlich Millionenaufträge an Handwerk und Handel in Stadt und Region vergeben. Deswegen liegt mir persönlich der Erhalt des Krankenhauses am Herzen. Ich unterstütze die CDU Peine dabei, alle vertretbaren Maßnahmen vorzunehmen, damit das Peiner Klinikum bleibt. Daher habe ich mich auch gegenüber Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, MdB dafür eingesetzt zu prüfen, ob eventuell auch der Bund tätig werden kann, wohl wissend, dass im Bereich Krankenhausfinanzierung für Substanz und Investitionen die Länder zuständig sind. Ich hoffe, dass es mit gutem Willen aller Beteiligten gelingt, einen Partner zu finden, der den operativen Betrieb übernimmt und das Peiner Krankenhaus in eine gute stabile Zukunft führt.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
Kopfzeile S. 9: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:
© Anne Bermüller/pixelio.de
Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann
Alle weiteren Fotos: privat